

16.44

Abgeordnete Martina Schenk (STRONACH): Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Geschehnisse rund um die Wahl der neuen Präsidentin des Rechnungshofs waren kein Ruhmesblatt. Rot und Schwarz haben taktisch gespielt. (*Abg. Rädler – mit der Hand zuerst in die eine, dann in die andere Richtung deutend –: Das Team Stronach: einmal so, einmal so!*) Der Obertaktiker und Meistertrickser Lopatka spielt jetzt auch wieder vor sich hin. Sie haben mit dieser Aktion aber sich selbst, dem Parlamentarismus, der Demokratie und vor allem den österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nichts Gutes getan. (*Beifall beim Team Stronach und bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Der Rechnungshof beziehungsweise dessen Präsident kann auch als Anwalt des Steuerzahlers gesehen werden, der auf das hart verdiente Geld der Steuerzahler aufpasst, durch den die Regierung auch kontrolliert werden soll und dessen Empfehlungen auch öfters umgesetzt werden sollen. Das Geld mit vollen Händen hinauszuerwerfen, wenn es nicht das eigene ist, ist leicht, aber es zu verdienen ist schwer. (*Abg. Lopatka: Was hat das mit dem Steuerzahler zu tun?*) – Sie können sich dann gerne zu Wort melden, Herr Lopatka. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Lopatka.*) – Ich wundere mich ja sowieso, warum Sie heute so ruhig sind und sich in der Debatte noch nicht zu Wort gemeldet haben. (*Abg. Lopatka: Sie meinen, der Steger hätte das besser gemacht? – Abg. Fekter: ... eine Frau? Das ist schon schade!*)

Gehen wir weiter! Wenn es vonseiten der Regierungsparteien zu gegenseitigen Schuldzuweisungen kommt (*Abg. Lopatka: Sie hätten Steger gewollt? Wer ist Ihr Favorit?*) – ich habe ein Mikrofon, ich werde immer lauter sein –, dann tun Sie sich selbst nichts Gutes, das habe ich schon erwähnt. Die Frage, die jetzt von meiner Seite noch einmal an die SPÖ gerichtet wird, weil sie bis jetzt unbeantwortet geblieben ist – auch in der Sendung „60 Minuten.Politik“ gab es letzte Woche von Ihrem Vertreter Elmar Mayer keine Antwort darauf –, lautet: Wenn Sie sich schon nicht auf Steger einigen konnten, warum konnten Sie sich denn nicht zumindest auf die zweitbeste Wahl einigen, auf Frau Mag. Berger?

Ich glaube, man kann ihr ihre Qualifikation sicher nicht absprechen. Sie war jahrelang als unabhängige Richterin tätig, dann war sie im Rechnungshof, hat gut mit dem Hohen Haus zusammengearbeitet, war im Kabinett von Dr. Moser. (*Zwischenruf des Abg. Lopatka.*) Ich verstehe nicht, warum sich die SPÖ dann geweigert hat, diesem Vorschlag zuzustimmen. Dafür hätte es ja auch eine breite Mehrheit gegeben: Diese Kandidatin wäre mit einer Mehrheit von mindestens vier Parteien gewählt worden. Das

wäre für den Rechnungshof, für das Hohe Haus und für den Parlamentarismus sicher die bessere Lösung gewesen, als sich auf die am dritt-, viert- oder fünftbesten qualifizierte Bewerberin zu einigen. Das war ein Deal, ein Kuhhandel – ein Old Deal, kein New Deal.

Wie wir heute – und nicht nur heute, sondern auch in den vergangenen Tagen und Wochen – in der Debatte gehört haben, geht es um die Nachbesetzung in der ORF-Führung. Im August wird gewählt, und das ist ein Abtausch. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man der Bevölkerung, den Zuseherinnen und Zusehern auch noch einmal sagen, weil man das so nicht unwidersprochen lassen kann; das muss man aufdecken. *(Beifall beim Team Stronach. – Abg. Lopatka: Jawohl!)*

Das ist wirklich nicht in Ordnung, aber lassen Sie mich jetzt noch kurz auf den ORF eingehen! Der ORF, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag nicht nach, und zwar in vielen Bereichen. Ich möchte auch ein konkretes Beispiel ansprechen – es wurde heute von meiner Kollegin Waltraud Dietrich schon kurz angesprochen –, nämlich wie es mit dem Demokratieverständnis des ORF aussieht: Es wird ein Kandidat zur Bundespräsidentenwahl vom ORF einfach nicht eingeladen, weil man meint, das sei nicht relevant. Man beruft sich auf zwei Studien, die Redakteure entscheiden das, Meinungsforscher werden interviewt – und er wird nicht eingeladen! Dieser Präsidentschaftskandidat – Richard Lugner – hat genauso wie die anderen Kandidaten die notwendigen Unterstützungserklärungen gesammelt und hat genauso das Recht, an der Diskussion im ORF teilzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da ist ein massiver Einschnitt seitens des ORF passiert, und das darf nie mehr geschehen! *(Beifall beim Team Stronach. – Zwischenruf des Abg. Weninger.)*

Da dazu laute Zwischenrufe kommen, lieber Kollege, darf ich dir Folgendes mitteilen: Diese Vorgehensweise war „demokratiepolitisch bedenklich“. – Von wem kam diese Aussage? – Vom Präsidentschaftskandidaten Hundstorfer! Er hat diese Vorgehensweise des ORF als „demokratiepolitisch bedenklich“ bezeichnet. *(Beifall beim Team Stronach. – Abg. Lugar: Genau so war das!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen an dieser Debatte, dass es da großen Diskussionsbedarf, aber auch großen Handlungsbedarf gibt. Wenn ich mir die heutige Debatte vergegenwärtige – sie dauert ja noch an –, dann kann ich nur sagen: Es war gut, dass die NEOS heute diesen Dringlichen Antrag gestellt haben. Klubobmann Strolz hat ihn sehr gut begründet und das sehr gut dargelegt, auch

hinsichtlich des öffentlichen Hearings und dessen Übertragung auf ORF III. Da sind wir natürlich voll und ganz auf deiner Seite, und ich finde es auch positiv, dass Bundeskanzler Kern gemeint hat, er stehe dem positiv gegenüber und werde sich im Stiftungsrat dafür einsetzen. Ich hoffe, dass es nicht wieder nur beim Reden bleibt, sondern dass auch gehandelt und etwas umgesetzt wird, denn schöne Worte hören wir genug.

Wir hören immer: Wir wollen mehr Transparenz, wir wollen mehr Bürgerbeteiligung, wir wollen dies, wir wollen das. Aber wenn es dann um konkrete Umsetzungen geht, weiß ich nicht, ob es ein Hearing gibt, weiß ich nicht, ob es auf ORF III übertragen wird, weiß ich auch nicht, inwieweit die Gebührenzahler bei dieser wichtigen Entscheidung miteinbezogen werden. – Zahlen dürfen sie, mitbestimmen dürfen sie nicht.

Abschließend möchte ich noch einmal den Vorschlag betreffend Briefwahl bekräftigen, den auch meine Kollegin Waltraud Dietrich gemacht hat.

600 Millionen zahlen die Österreicherinnen und Österreicher für den ORF und können sich daher auch erwarten, dass sie einerseits ein Mitspracherecht haben, auf der anderen Seite auch ein gescheites Programm bekommen und dass der ORF seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag nachkommt und sich **alle** politischen Parteien im gleichen Ausmaß in den Ausstrahlungen wiederfinden und nicht nur explizit Rotfunk und rote Regierungspolitik gemacht wird, wie wir es ja in jüngster Vergangenheit erlebt haben, als der ehemalige Kanzler eine Stunde Belangsendung bekommen hat.

Ich bin neugierig, wann unser Klubobmann eine Stunde Belangsendung bekommt oder der Klubobmann der FPÖ oder vielleicht auch der Grünen oder vielleicht auch Matthias Strolz. – Vielen Dank. *(Beifall beim Team Stronach und bei Abgeordneten der FPÖ. – Abg. Weninger: Herr Stronach war vorige Woche im Fernsehen ...!)*

16.51

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Scherak. – Bitte.